

Ergebnisprotokoll

der 17. Sitzung des Inklusions-Fachbeirates im Rhein-Sieg-Kreis am 20.03.2024

Teilnehmende: siehe beigefügte Teilnehmerliste
Ergebnisprotokoll: Marion Michaelis / Marvin Scholtz

TOP 1: Begrüßung und Vorstellungsrunde

Frau Thiemann begrüßte die Behindertenbeauftragten der Städte und Gemeinden, die Mitglieder des Inklusions-Fachbeirates und entschuldigte den Vorsitzenden Herr Wingender. Herr Wingender stehe aus gesundheitlichen Gründen derzeit nicht zur Verfügung.

Es erfolgte eine kurze Vorstellungsrunde.

TOP 2: Protokoll vom 24.01.24

Das Protokoll über die Sitzung vom 24.01.24 wurde ohne Änderungs- oder Ergänzungswünsche verabschiedet.

TOP 3: Treffen mit den Behindertenbeauftragten der Städte und Gemeinden

Frau Thiemann informierte, der Fachbeirat sei 2015 auf Anregung der Politik gegründet worden und setze sich für die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention ein. Er habe die Aufgabe, die Interessen von Menschen mit unterschiedlichen Behinderungen und chronischen Erkrankungen zu vertreten. Es seien Menschen mit unterschiedlichen Behinderungen und chronischen Erkrankungen mit je 2 Mitgliedern vertreten. Die Mitglieder mit Lernbehinderung würden unterstützt durch eine Assistenz. Der Inklusions-Fachbeirat setze verschiedene Projekte um, z. B. die Herausgabe eines Flyers mit Informationen zu barrierefreien Veranstaltungen, der auch den Kommunen zur Verfügung gestellt worden sei. Vertreterinnen und Vertreter der

Kreistagsfraktionen seien nicht Mitglied im Inklusions-Fachbeirat, würden aber zu einem Informationsaustausch einmal im Jahr zu einer Sitzung eingeladen.

Im Weiteren erläuterte Frau Thiemann, der Vorsitzende und die stellvertretenden Vorsitzenden seien zudem sachkundige Einwohner mit beratender Stimme im Ausschuss für Inklusion und Gesundheit und stünden in den Sitzungen für Fragen zur Verfügung. Die Zusammenarbeit mit der Kreispolitik sei insgesamt verbesserungswürdig. Der Inklusions-Fachbeirat wünsche sich von der Politik mehr Interesse und Unterstützung bei seinen Anliegen.

Frau Thiemann gab an, das Treffen mit den Behindertenbeauftragten erfolge mit dem Ziel deren Wirkungsbereich kennen zu lernen und gemeinsam zu überlegen, ob und wie der Inklusions-Fachbeirat und Behindertenbeauftragte zusammenarbeiten können.

Frau Thiemann erklärte, dass den Behindertenbeauftragten der 19 Kommunen mit der Einladung ein Fragebogen zur Verfügung gestellt worden sei. Frau Lübbert ergänzte, dass 11 von 19 Kommunen den Fragebogen bearbeitet und zurückgesendet hätten. Frau Lübbert stellte eine Zusammenfassung der Ergebnisse aus den Fragebögen vor.

Die Auswertung der Fragebögen habe ergeben, dass die Aufgaben der Behindertenbeauftragten sehr unterschiedlich seien. Neben der Beratung von Bürgerinnen und Bürgern seien u. a. noch folgende Aufgaben benannt worden:

- Öffentlichkeits- und Netzwerkarbeit,
- Gremienarbeit (Geschäftsstelle vom Fachbeirat Inklusion),
- jährliche Fortschreibung des kommunalen Inklusionsplans,
- Umsetzung von Maßnahmen,
- Stellungnahmen zu Bauanträgen, Stadtplanung und Mobilität,
- Beratung zu barrierefreiem Bauen.

Auch gebe es bei einigen Kommunen eine direkte Verbindung zur Pflege- und Seniorenberatung.

Bei der Gemeinde Alfter und der Stadt Meckenheim seien die Stellen der Behindertenbeauftragten aktuell nicht besetzt. Die meisten Behindertenbeauftragten seien hauptamtlich tätig. Ehrenamtliche Behindertenbeauftragte gebe es ihres Wissens bei der Stadt Sankt Augustin, der Stadt Troisdorf und der Gemeinde Much.

Frau Lübbert informierte weiter, dass überwiegend positive Rückmeldungen zur Vernetzung zwischen Inklusions-Fachbeirat und den kommunalen Behindertenbeauftragten erfolgt seien.

Mit dem Austausch von Kontaktdaten waren alle einverstanden.

Frau Thiemann fragte nach Ideen wie eine zukünftige Zusammenarbeit aussehen könnte (z.B. auch bei Baumaßnahmen) und ergänzte, dass derzeit in Bonn viele Behindertenparkplätze für neue Autoladesäulen ersatzlos weggefallen seien und fragte nach, wie die Situation bei den Kommunen sei.

Herr Dickmeis informierte, dass in Wachtberg bei allen bisherigen Baumaßnahmen oder neu geplanten Straßen, ein besonderer Fokus auf Behindertenparkplätze gelegt werde. Es fielen keine Behindertenparkplätze ersatzlos weg und auch bei dem Ausbau der Infrastruktur von Autoladesäulen werde auf behindertengerechte Gestaltung geachtet.

Frau Lübbert fragte die Behindertenbeauftragten, wie bei der Beurteilung von Baumaßnahmen vorgegangen werde, ob z.B. Menschen mit Behinderungen bei der Betrachtung einbezogen werden?

Frau Schwarz teilte mit, dass es den Fachbeirat in Bad Honnef noch nicht lange gebe und somit bisher nicht auf die Fachexpertise des Beirates zurückgegriffen werden konnte. Mittlerweile könne der Beirat aber einbezogen werden. In Bad Honnef sei z. B. mit dem Beirat eine Begehung durchgeführt worden um Stolperfallen zu ermitteln und Bordsteine zu identifizieren, die abgesenkt werden müssen. Bei der Begehung seien auch das Straßenverkehrsamt und das Ordnungsamt einbezogen worden, sodass auf die volle Fachexpertise zurückgegriffen werden konnte.

Frau Hofmann berichtete, dass es in Hennef die Gruppe „Hennefer-Scout“ gäbe. Die Gruppe sei bei einem Fest angesprochen worden, ob diese ihre Fachexpertise zur Verfügung stellen wolle. Seither würden die Hennefer-Scouts bei Fragen dazu gezogen und ermittelten auch, wo es in Hennef gewisse „Fallen und Hürden“ gäbe.

Die Gruppe gebe viele Hinweise, was sich im Hennefer Sozialraum ändern müsse. Die Hennefer-Scouts verstehen sich als eine offene Gruppe und bestehen derzeit u.a. aus blinden und mobilitätseingeschränkten Personen. Zudem stünden die Hennefer-Scouts auch bei Fragen zu Baumaßnahmen zur Verfügung.

Frau Thiemann begrüßte diese Aussage und gab an, dass es wichtig sei, betroffene Personen beim Thema Barrierefreiheit einzubeziehen.

Herr Kröder fragte, bei welcher der Städte und Gemeinden ein Inklusions-Fachbeirat oder ein ähnliches Gremium eingerichtet worden sei und wie die Städte und Gemeinden ohne Fachbeirat relevante Themen in die Politik spielen könnten? Weiterhin ergänzte Herr Körder, dass ggf. auch in diesem Fall der Inklusions-Fachbeirat des Rhein-Sieg-Kreises unterstützen könne.

Frau Hofmann teilte mit, dass es in Hennef eine Inklusion-Kommission gäbe, in der die Vertreterinnen und Vertreter der Kommunalpolitik sitzen. Weiterhin sind aus der Verwaltung Herr Walter (1. Beigeordneter) und Frau Norden (Leiterin der Stabsstelle Inklusion/Älterwerden) anwesend. Die Verwaltung soll dann jeweils die Entschlüsse der Kommission umsetzen.

Frau Thiemann ergänzte, dass genau aus diesem Grund die heutige Sitzung für eine Vernetzung zu nutzen wäre. So könne auch in Zukunft besser miteinander gearbeitet werden. Frau Meerbeck-Blum unterstütze die Aussage, insbesondere bzgl. der Abgrenzung von Zuständigkeiten zwischen Kommunen und Kreis. So könne auch auf verschiedenen Ebenen ein Austausch stattfinden.

Frau Thiemann gab in eigener Sache den Hinweis, dass in Siegburg am Stadtmuseum die Treppen im Außengelände bei Dunkelheit nicht beleuchtet seien. Frau Meerbeck-Blum teilte mit, dass dieses Problem in Siegburg bekannt sei und man an einer Lösung arbeite. Sie ergänzte weiterhin, dass die Stadt Siegburg einen neuen Veranstaltungsmanager habe und auch dieser bereits darüber informiert worden sei.

Frau Schliesinger fragte die Behindertenbeauftragten, wie der Umgang mit nicht sichtbaren Erkrankungen in den Kommunen sei und was dafür aktiv gemacht werde. Frau Schwarz erklärte, dass sich betroffene Personen aktiv sichtbar machen müssten damit aktiv darauf eingegangen werden könne. Frau Schliesinger betonte, dass auch bei nicht sichtbaren Erkrankungen Hilfsangebote zur Verfügung stehen müssten. Diese Personengruppe benötige eine besondere Art der Betrachtung und Integration eben, weil die Erkrankungen nicht sichtbar seien. Man könne z. B. bei Veranstaltungen Fachpersonal einsetzen und Ruheräume zur Verfügung stellen.

Frau Meerbeck-Blum informierte, dass die Stadt Siegburg eine Servicestelle eingerichtet habe. Dort könnten Bürgerinnen und Bürger z. B. Unterstützung beim Ausfüllen von Anträgen erhalten. Auch nicht verstandene Schreiben würden dort näher erklärt werden. Dies ermögliche, auch den Belangen von Menschen mit nicht sichtbaren Erkrankungen gerecht zu werden.

Frau Hofmann ergänzte, dass von der Stadt Hennef bei Bedarf auch Hilfe und Unterstützung angeboten werde. Die Stadt Hennef stelle bei Veranstaltungen z. B.

Induktionsschleifen zur Verfügung auf die mittels Plakate hingewiesen werde. Auch ein zur Verfügung stehender Ruheraum sei wichtig bei Veranstaltungen. Ein solcher Raum sei auf dem Weihnachtsmarkt der Stadt Hennef eingerichtet worden. Aber generell müssten solche Bedarfe geäußert werden, da ein nicht betroffener Mensch nicht unbedingt direkt für dieses Thema sensibilisiert sei.

Frau Klee bekundete, dass zu wenig Sitzgelegenheiten im Rhein-Sieg-Kreis zur Verfügung stehen würden und fragte daher, ob sich auch die Behindertenbeauftragten an der kommunalen Sozialraumplanung beteiligen könnten. Frau Bruns teilte mit, dass es im nächsten Jahr eine Seniorenmesse in Neunkirchen-Seelscheid geben werde und sie sich auch über Besuche von Beratungsfachstellen freuen würde, um z.B. auf derartige Schwierigkeiten hinzuweisen. Darüber hinaus stellte Frau Bruns die Frage, wie in anderen Kommunen der Bau von neuen Bushaltestellen es geregelt werde, wie und wo z.B. die Beschilderung / Anzeigetafel platziert würden und wie die Finanzierung sei.

Herr Dickmeis erklärte, dies falle in seinen Zuständigkeitsbereich und erläuterte, dass in Wachtberg jede Haltestelle mit einem neuen Schild / einer Anzeigetafel ausgestattet werde. Da dies auch als Verkehrszeichen zu betrachten sei, ist eine Genehmigung vom Rhein-Sieg-Kreis notwendig. Aus strategischen Gründen werde in Wachtberg an jeder Haltestelle das Schild an gleicher Stelle angebracht, denn so müssten die Busse immer an gleicher Stelle halten. Der Einsatz von taktilen Feldern sei dann so direkt an den Haltepunkt des Busses angepasst (Ein- und Ausstieg).

Frau Lübbert stellte eine Rückfrage zur Finanzierung der Anzeigetafeln. Herr Dickmeis erklärte, dass der Bau insgesamt gefördert sei, die Haltestellenbeschilderung Eigentum der Rhein-Sieg-Verkehrsgesellschaft mbH (RSVG) sei und das Setzen des Schildes auf die Kosten der Gemeinde geschehe. Er betonte, dass in Wachtberg jede Haltestelle, egal ob neu oder im Bestand, barrierefrei umgebaut werde.

Herr Wirths gab an, dass in der Gemeinde Windeck nun auch für den Schülerverkehr Linienbusse im Einsatz seien und somit auch Haltestellen angepasst werden müssten. Einige Haltestellen seien neu hinzugekommen, andere wiederum entfernt worden. Windeck habe circa 300 Haltestellen und fast keine dieser Bushaltestellen sei bisher barrierefrei, was nun angegangen werden müsse. Die Umgestaltung werde Jahre dauern. Ein zusätzliches Problem bestehe darin, dass im ländlichen und unbesiedelten Raum Haltestellen für Menschen mit Behinderungen oft nicht erreichbar seien, der Umbau der Haltestelle alleine daher noch nicht der Schlüssel zur vollständigen Barrierefreiheit sei.

Herr Ioakeimidis teilte mit, dass einige Busfahrer nach Einstieg zu schnell losfahren würden. Trotz des Vorzeigens des Schwerbehindertenausweises oder auch bei Eintritt von Seniorinnen und Senioren warteten die Fahrer nicht lang genug, sodass Betroffene sich nicht rechtzeitig Setzen oder Festhalten könnten.

Herr Kröder merkte an, dass der Fachbeirat in enger Verbindung mit der RSVG stehe. Bei künftigen Schulungen von Busfahrern könne auf dieses Problem hingewiesen werden.

Herr Hirschmann erläuterte, dass insbesondere das willkürliche Abstellen von E-Rollern viele Personen beeinträchtige und appellierte an die Behindertenbeauftragten der Städte und Gemeinden, sich auch dieses Themas anzunehmen.

Herr Grünhage berichtete, dass die Stadt Düsseldorf es geschafft habe, feste Abstellstationen für E-Roller zu implementieren (nur hier kann der Mietvorgang abgeschlossen werden), sodass diese nicht mehr im Weg stünden. Frau Meerbeck-Blum ergänzte, dass bezgl. der E-Roller in Siegburg bereits Änderungen in Planung seien.

Herr Ioakeimidis wies darauf hin, dass die Zuwegung zur Behindertenwerkstatt in Troisdorf (Tro Park) nicht barrierefrei sei, der Gehweg sehr schmal sei und herumliegende E-Roller den Zugang zusätzlich erschwerten. Frau Lübbert sagte zu, die Behindertenbeauftragten der Stadt Troisdorf auf diese Problematik hinzuweisen. Ggf. könne auch Frau Thierfeldt als Mitglied des Inklusions-Fachbeirats der Stadt Troisdorf dort informieren.

Auf Nachfrage von Herrn Kröder bezüglich barrierefreier Internetseiten, insbesondere nach dem Einsatz von Gebärdensprache und Leichter Sprache, berichtete Frau Schwarz, dass die Website der Stadt Bad Honnef Leichte Sprache beinhalte und allgemein mehr auf einen barrierearmen Zugang geachtet werde. Die Homepageinhalte könne man sich als Mensch mit Sehbeeinträchtigung oder Erblindung mit einem Screenreader vorlesen lassen. Ein Mitglied aus dem Bad Honnefer Beirat (blinde Person) habe die Website geprüft. Herr Schuppius erklärte auf Nachfrage von Frau Thiemann die Besonderheiten und Eigenschaften eines Screenreaders.

Frau Lübbert informierte, dass auch der Rhein-Sieg-Kreis daran arbeite, Texte in Leichter Sprache und Gebärdensprache auf der Internetseite zu veröffentlichen.

Frau Lübbert wies darauf hin, dass die Mitglieder des Inklusions-Fachbeirats gerne die Arbeit vor Ort mit ihrer Expertise unterstützen würden, und damit auch eine Vernetzung erreicht werden könne.

Frau Thiemann fragte nach der Beteiligung der Kommune am Projekt „Assistenzhundfreundliche“ Kommune. Die Vertreterinnen aus Hennef und Bad Honnef melden sich per Handzeichen. Bei der Stadt Bornheim ist das Projekt in Planung.

Frau Hofmann wies darauf hin, dass es einen Rechtsanspruch gebe Assistenzhunde in öffentliche Gebäude mitnehmen zu dürfen. Der Richtwert dafür laute: Überall wo man auch mit Straßenschuhen reindarf kann ein Assistenzhund mitgenommen werden.

Herr Grünhage führte aus, über den Landrat sei der Einzelhandelsverband über das Projekt und den Rechtsanspruch zur Mitnahme von Assistenzhunden informiert worden. Von dort bestehe großes Interesse, das Projekt zu unterstützen.

Die Frage von Frau Thiemann, ob ein Treffen zwischen Inklusions-Fachbeirat und kommunalen Behindertenbeauftragten künftig einmal jährlich stattfinden solle, fand die Zustimmung der kommunalen Behindertenbeauftragten.

TOP 4: Sitzung des Fachbeirats mit der Politik am 15.05.2024

Frau Thiemann fragte, ob es weitere Themen für die Politik gäbe, welche bei den letzten Sitzungen noch nicht genannt wurden?

Den Mitgliedern stand eine Auflistung mit den bereits gesammelten Themen zur Verfügung.

Herr Kröder ergänzte, dass die Finanzierung der Kontakt- und Informationsstelle für Gehörlose in Troisdorf noch als Thema aufgenommen werden sollte. Herr Hirschmann ergänzte, dass zu dem Thema Deutsche Bahn und 49€ Ticket, die häufig nicht funktionierenden Aufzüge an den Bahnhöfen angesprochen werden sollten.

TOP 5: Verschiedenes und Aktuelles

Herr Ioakeimidis regte an, die erstmalig genutzten Lautsprecher und Mikrophone auch für zukünftige Sitzungen des Fachbeirates zu verwenden.

Frau Lübbert informierte, dass das frühere Mitglied im Inklusions-Inklusions-Fachbeirat, Herr Uwe Engler, im Februar leider verstorben ist.

Frau Lübbert verabschiedete sich von den Mitgliedern des Inklusions-Fachbeirates und bedankte sich für das Miteinander in den zurückliegenden fast 10 Jahren. Weil sie zum 01.06.2024 aus dem aktiven Dienst der Kreisverwaltung ausscheide, werde sie an künftigen Sitzungen nicht mehr teilnehmen.

Die Mitglieder des Inklusions-Fachbeirats bedankten sich für die gute Zusammenarbeit.

Die nächste Sitzung des Inklusions-Fachbeirates findet am 15.05.2024 statt.